

Marius Babias

Kunst und Militanz - Zum Verhältnis zwischen Ästhetik und Politik in Geschichte und Gegenwart

1. Kunst im öffentlichen Raum und Public Art

Thema dieses Beitrags ist die Beziehung zwischen Kunst – auch Kunst im öffentlichen Raum –, Stadttheorie und politischer Repräsentation. Ich möchte anhand von historischen und gegenwärtigen Praktiken des Situationismus, der Spassguerrilla, der Stadtguerilla, des so genannten „internationalen Terrorismus“ und des Amoklaufs solche Phänomene des Urbanen diskutieren, die uns Aufschluss geben könnten über das Durchdringungsverhältnis zwischen Ästhetik und Politik. Der Untersuchungsgegenstand dieser besonderen Beziehung ist im weitesten Sinne die so genannte Projekt-Kunst, die seit Mitte der 1990er Jahre eine dominante Stellung im Kunstdiskurs einnimmt, weil sie unterschiedliche Felder bearbeitet und zusammenführt.

Zugespitzt könnte man formulieren, dass Kunst im öffentlichen Raum stets die herrschende Ideologie aktiv mitkonstruiert hat – besonders deutlich in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern Osteuropas ablesbar. Skulpturen, Denkmäler und Gedenkstätten lassen sich in einem Konzept der politischen Repräsentation fassen und daraufhin untersuchen, wie sie in die Systeme von Herrschaft und Subordination eingebunden sind. Galt in den 1980er Jahren, dass der gesellschaftliche Polarisierungsbedarf in der mehr oder weniger autonomen, zumeist unverständlichen Außenskulptur einen attraktiven Fetisch vorfand, an dem sich bürgerliche Empörung, Ablehnung und Bilderstürmerei stellvertretend und simulativ austoben konnten (ein prominentes Beispiel für eine solches demokratisches Polarisierungsbedürfnis ist das Ausstellungsprojekt „Skulpturenboulevard“ 1987 in Berlin), so ging es in den 1990er Jahren eher darum, die politischen und sozialen Konfliktfelder der Gesellschaft selbst zum Gegenstand einer Kunst des Öffentlichen zu machen, die Außenskulptur abzuschaffen und gegen so genannte Projekt-Kunst einzutauschen. Ein Projekt hat ein Realisierungsziel, ist prozesshaft und es besteht aus unterschiedlichen Kommunikationen und Situationen. Prominente Beispiele dieser so genannten Public Art sind die Ausstellungsprojekte „Culture in Action“-Projekte in Chicago 1992 oder „weitergehen“ in Hamburg 1997.

Was ist nun das Spezifische der Public Art der 1990er Jahre? Public Art agierte im Bewusstsein einer gesellschaftlichen Dauerkrise. Sie suchte unabhängig von der autonomistischen Geschlossenheit des Werks zu machen und in oftmals parallel

geschalteten verschiedenartigen Rollen, Medien und Genres zu schlüpfen, ist ein Kennzeichen der Public Art sowie die Verschiebung des Rollenmodells Künstler/Künstlerin hin zum Kulturproduzenten/Kulturproduzentin. Projekte der Public Art waren nicht mehr in den gängigen Diskussionsparametern der „Kunst im öffentlichen Raum“ angesiedelt; Public Art oder Projekt-Kunst hatte sich längst soziale/politische/mediale Zonen angeeignet und war nicht mehr skulptural oder topographisch festzulegen. Allerdings schwebte und schwebt Projekt-Kunst in der permanenten Gefahr der Inszenierung von Öffentlichkeit. Einerseits lassen sich die Widerstände gegen bestimmte Kunstprojekte als Produktionsmoment verstehen. Andererseits setzt sich eine interventionistische Kunstpraxis der Gefahr aus, sowohl Versäumnisse in der Sozialpolitik zu kaschieren als auch eine spätere stilbildende und kommerzielle Verwertbarkeit im Kulturbetrieb schon mal einzuüben. Aus dieser Kulturalisierungsproblematik zog die Projekt-Kunst der 1990er Jahre einige Konsequenzen: keine Imagination einer totalisierten Öffentlichkeit – was ja der Trugschluss der selbsterklärten Avantgarden bis in die 1970er Jahre hinein gewesen war –, sondern Dezentralität, Vernetzung und Kristallisation in Teilöffentlichkeiten.

Zwei Hauptuntersuchungsfelder der Projekt-Kunst sind Stadtentwicklung / Urbanismus und Internet / Netzkultur. Insbesondere die Utopie vom Netz als herrschaftsfreien Raum ist in eine Krise geraten, die sich deutlich am Veröden von Newsgroups und dem langsamen Verschwinden von politischen Themen außerhalb selbstreferentieller Internet-News zeigt – von der Privatisierung der Information und der Kommerzialisierung des Wissens ganz zu schweigen.

Das zweite Issue der Projekt-Kunst war die Kritik an der Dienstleistungsfunktion der Kunst bei der Besetzung lokalen Stadtraums durch Wirtschaft und Politik; im Rückgriff auf den Stadttheoretiker Henri Lefèbvre („Die Revolution der Städte“, 1972) und die Hausbesetzer-Bewegung Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre wurden in einigen Projekten in den 1990er Jahren die politischen Hierarchien der „verstädterten Gesellschaft“ kritisiert und neue Handlungsräume zu besetzen versucht. Die Revolution, so hatte Lefèbvre gefordert, müsse von der Wohnung jedes Einzelnen ausgehen.

Die Zeit der Party-Hänger aus dem Milieu der „Spassguerrilla“ (einer anonymen Gruppe von KunstaktivistInnen in den 1970er Jahren in Deutschland) und der Depri-Kreativen aus der Hausbesetzerszene der 1980er Jahre ist heute endgültig vorbei. Um die politische Mechanik zu veranschaulichen, welche aktivistischen und künstlerischen Aktivitäten der späten 1960er bis in die frühen 1980er Jahre zugrunde lag und wie diese seit

Ende der 1990er Jahren in die derzeit vorherrschende neoliberale Kreativitätsideologie eingebaut worden sind, möchte ich einige Beispiele geben.

2. Situationismus und Spassguerrilla

1967 lancierte die Kommune 1 in Berlin ein Flugblatt mit dem Titel „wann brennen die berliner kaufhäuser?“, das einen damals zufällig sich ereignenden Großbrand in einem Brüsseler Kaufhaus mit dem Vietnamkrieg und der gesellschaftlichen Situation in Deutschland in Beziehung setzte: „unsere belgischen freunde haben endlich den dreh heraus, die bevölkerung am lustigen treiben in vietnam zu beteiligen: sie zünden ein kaufhaus an, dreihundert saturierte bürger beenden ihr aufregendes leben und brüssel wird hanoi.“ Das Flugblatt forderte indirekt zur Brandstiftung auf („in der konfektionsabteilung von kadewe, hertie, bilka oder neckermann diskret eine zigarette in der umkleidekabine anzünden“) und endet mit dem Aufruf: „burn, ware-house, burn!“ Die vermeintlichen Autoren des Flugblatts Rainer Langhans und Fritz Teufel wurden vor Gericht gestellt. Der Staatsanwalt beantragte zwölf Monate Haft wegen Aufrufs zur Brandstiftung. Statt sich zu verteidigen oder zu rechtfertigen, verwandelten die Angeklagten den Gerichtssaal in eine Bühne, agierten während der Verhandlung wie in einem surrealistischen Theaterstück und führten so die Anklage ad absurdum. Richter: „Was sind die Ziele der Kommune? Ich möchte wissen, wie es bei Ihnen aussieht.“ – Darauf Teufel: „Besuchen Sie uns doch mal. So ist es schwer zu erklären.“ Zum Schluss der Verhandlung beantragte der Staatsanwalt eine psychiatrische Untersuchung der Angeklagten, wogegen Verteidiger Horst Mahler Widerspruch einlegte. Unterdessen stellte Mahlers Gehilfe einen großen schwarzen Koffer auf den Verteidigertisch ab. Richter: „Wem gehört der Koffer?“ – Mahler: „Meiner.“ – Richter: „Was ist da drin, in dem Koffer, meine ich?“ – Mahler: „Keine Bomben.“ – Richter: „Was dann?“ – Mahler: „Surrealistische Literatur.“ Unter allgemeinem Gelächter und Beifall des Publikums ließ der Richter den Saal räumen. Langhans und Teufel wurden freigesprochen.

Den ästhetischen Hintergrund dieser politischen Inszenierung im Gerichtssaal, die als Geburtsstunde der Spassguerrilla gilt, bildet nicht die Vorstellung vom Leben als Kunstwerk, wie sie durch die historischen Avantgarden geprägt wurde, sondern in Anlehnung an die Situationisten die Als-ob-Mechanik der Verfremdung von Situationen. Langhans und Teufel drehten nicht einfach die Rollen um; vielmehr agierten sie so, als handelten sie von einer Position aus, die üblicherweise der Richter innehat. Während ihrer Befragung durch den Richter befolgten sie streng ein Sprechaktmuster „von gleich zu gleich“; aus Angeklagten wurden politische Akteure, das autoritative Verhältnis zwischen Richter, Ankläger und

Angeklagten löste sich performativ auf, die gesamte Situation erschien absurd und lächerlich.

Gemessen allerdings am ästhetischen Rigorismus der Situationisten, erscheinen die Spassguerrilla-Aktionen als flaches Remake. „Wir meinen zunächst, dass die Welt verändert werden muss“, so beginnt der „Rapport über die Konstruktion von Situationen“ (1957) von Guy Debord. Vor die Wahl zwischen den Existenz-Verfälschungen des Kapitalismus und den kleinbürgerlichen Lebensformen des Stalinismus gestellt, schlugen die Situationisten einen dritten Weg vor, den so genannten „unitären Urbanismus“, ein theoretisches Konzept zur Herstellung eines neuen dynamischen Lebensmilieus. In insgesamt zwölf Ausgaben ihrer Zeitschrift „Situationistische Internationale“ (S.I.) analysierten sie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, kritisierten den Okkultismus der Surrealisten und begrüßten den wilden Generalstreik vom Mai '68 in Frankreich.

Die praxisnah und erstaunlich klar formulierten Ideen der Situationisten haben zwar die „künstlerischen“ Aktivitäten in Deutschland in den 1970er Jahren beeinflusst (Spassguerrilla), aber nicht zu einer grundlegenden ästhetischen Neuorientierung beitragen können, weder auf dem Höhepunkt der Hausbesetzerbewegung noch nach dem Burnout des Staatssozialismus. Ein Grund für die schwache Rezeption liegt im starren Gruppencodex der Situationisten selbst begründet. Die Situationistische Internationale verzeichnete 70 Mitglieder, 45 Ausschlüsse (unter anderem von Armando, Dieter Kunzelmann und Hans Platschek), 19 Austritte (unter anderem von Asger Jorn) und zwei Abspaltungen. Die persönlichen Zwistigkeiten blockierten die angestrebte Agitation der Öffentlichkeit.

Die Ereignisse des Mai 68 in Frankreich, als die Studentenbewegung und die Arbeiterbewegung ein kurzzeitiges Bündnis eingingen, gelten als die wichtigste antikapitalistische Revolte der Nachkriegszeit. Mai 68 machte deutlich, dass revolutionäre Theorie und Praxis nicht einfach da wieder aufgenommen werden können, wo sie in den 1920er Jahren unterbrochen wurden, sondern dass jede Zeit ihre eigenen Protestformen hervorbringen muss. Im Mai 68 kehrte die fröhliche Guerilla auf undogmatische Weise zur marxistischen Idee der sozialen Revolution zurück. Der Kapitalismus wurde zum ersten Mal lustvoll und lustbetont von einem individualistischen Standpunkt aus kritisiert. Das Ich-Ideal des Mai 68 war radikal, humorvoll, ironisch und subversiv. Theorie und Praxis wurden zusammengedacht – im Gegensatz zur Protestkultur seit den 1980er Jahren.

Die von der Lichterketten-Protestkultur der 1980er Jahren absorbierten Praktiken der Situationisten unterscheiden sich vom verkürzten Konzept der „Gegenöffentlichkeit“ – ein

von Oskar Negt / Alexander Kluge entwickeltes Modell linker oder kritischer Medienpraxis, das sich ausschließlich auf die alten Medien der One-to-Many-Kommunikation bezieht und das Anfang der 1990er Jahre durch Aktivitäten im Umfeld der re-politisierten Kunstpraxis und des Netzaktivismus eine Wiederkunft erlebte; die Situationisten beflügelten die Spassguerrilla und inspirierten deren an den deutschen Verhältnissen orientierte Methode der „Entfremdung von Situationen“. Eigentlich ein produktives Missverständnis, denn die Situationisten hatten ein weit reichendes, in drei Phasen gegliedertes Auflösungsverfahren der herkömmlichen Kulturformen entwickelt, um die „revolutionäre Liquidierung des Kapitalismus“ voranzutreiben. Die Politik der Nadelstiche, für die die unzähligen Aktionen der Spassguerrilla stehen, wäre ihnen zu kleinmütig gewesen.

Nachzutragen zur Episode im Gerichtssaal bleibt, dass Rainer Langhans seit seinem Rückzug ins Private und seiner Hinwendung zu östlicher Mythologie und Spiritualität in den 1970er Jahren eine Affinität zur faschistischen Weltanschauung entwickelte, die KZs der Nazis sind für den einstigen Maoisten „spiritualistische, hocherregte Felder“ und „Hitler selbstverständlich für uns alle ein großer Lehrer“; der Mitbegründer der Roten Armee Fraktion (RAF) Horst Mahler, der 1971 wegen schweren Raubes und Beihilfe zu Mordversuch zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt wurde, trat 2000 der rechtsextremen NPD bei und hetzt heute gegen Gastarbeiter, Ausländer und Juden; Fritz Teufel, der in unzähligen Auftritten den autoritären deutschen Charakter kritisierte, sich der „Bewegung 2. Juni“ anschloss und insgesamt acht Jahre im Gefängnis verbrachte, lebt heute zurückgezogen in Berlin als Ikone der Unangepasstheit.

3. Das Konzept „Stadtguerilla“

Eine der ersten programmatischen Schriften der Roten Armee Fraktion (RAF) trug den Titel „Stadtguerilla und Klassenkampf“ (1971) – eine Analyse der damaligen politischen Situation in der BRD und zugleich ein Aufruf zum bewaffneten Kampf in den Metropolen. Zunächst einmal wird darin die Bedeutung der Studentenbewegung für die militante Praxis herausgestellt. Das erste Verdienst der Studentenbewegung besteht laut RAF darin, mit Straßenkämpfen, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt etc. den Marxismus wieder ins Bewusstsein gebracht zu haben. Die Abkapselung der alten Linken von der gesellschaftlichen Realität durchbrochen zu haben, sei das zweite Verdienst der Studentenbewegung. Während die Volksfrontstrategie der alten Linken auf Ostermärsche und bürgerliche Wahlen setzte und auf das System des Parlamentarismus fixiert war,

konzentrierte sich die Studentenbewegung auf die politische Praxis und stellte einen internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen her.

Was bedeutet nun genau „Stadtguerilla“, die ursprünglich in Lateinamerika entwickelt worden war, um bewaffnet gegen die dortige Unterdrückung durch Oligarchie, Militär und Polizei zu kämpfen? Und kann die Stadtguerilla ohne weiteres auf die Verhältnisse in Europa übertragen werden. Ich zitiere aus dem RAF-Konzept:

„Stadtguerilla ist eine Waffe im Klassenkampf. Stadtguerilla ist bewaffneter Kampf, Stadtguerilla heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen. Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören. Stadtguerilla setzt die Organisation eines illegalen Apparates voraus, das sind Wohnungen, Waffen, Munition, Autos, Papiere. Wichtig ist, dass man, bevor man sich entschließt, bewaffnet zu kämpfen, legale politische Erfahrungen gemacht hat. Wo der Anschluss an die revolutionäre Linke auch noch einem modischen Bedürfnis entspricht, schließt man sich besser nur da an, von wo man wieder zurück kann.“

Das Grundkonzept der Stadtguerilla beruht darauf, dass der bewaffnete Kampf in den Metropolen ein Klassenkampf sei und dass der Revolutionär die Massen mobilisiert und in die Selbstbefreiung führt. Zu einem Klassenkampf ist es in der Bundesrepublik Deutschland nicht gekommen, wie wir alle wissen. Im Verlauf der 1970er Jahre wurde die Verbindung zwischen Stadtguerilla und Klassenkampf zwar noch postuliert und einige Aktionen versuchten entsprechend anzusetzen, aber sie verschwand aus dem Fokus der RAF, der „Bewegung 2. Juni“ oder der „Revolutionären Zellen“. In Theorie und Praxis spielte der Klassenkampf eine immer geringere Rolle. Auch wendeten sich die Unterstützer und Sympathisanten immer mehr ab, je stärker sich die Aktionen der RAF gegen Menschen richteten. Schließlich setzte sich in der Öffentlichkeit eine „terroristische“ Lesart der militanten Aktionen durch, das heißt die selbst ernannten Revolutionäre wurden zu so genannten Terroristen – bis die RAF schließlich 1998 zermürbt ihre Selbstauflösung bekannt gab, weil in der Bundesrepublik keine revolutionäre Situation hergestellt werden konnte.

Der von Andreas Baader und Ulrike Meinhof gegründeten Roten Armee Fraktion werden 41 Morde vor allem an Repräsentanten der Gesellschaftsordnung wie Banker, Manager, Politiker und Diplomaten zur Last gelegt, auch wenn letztlich keinem Terroristen

individuell ein Mord nachgewiesen werden konnte. Auch 22 Terroristen verloren ihr Leben. Das letzte prominente RAF-Opfer war im April 1991 der damalige Chef der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder. Ein Jahr später erklärte die RAF, keine Menschen mehr töten zu wollen. 1998 dann gab die RAF ihre Selbstaflösung bekannt. Derzeit befinden sich noch fünf ehemalige Angehörige der Roten Armee Fraktion in Haft.

Sozialrevolutionäre und sozialistische Bewegungen in den Metropolen haben immer wieder versucht, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend zu verändern. Klassenkampf hieß das Lösungswort. Der Klassenkampf hat aber heutzutage seine Evidenz verloren, denn die Arbeiterklasse, die eigentlich in die Freiheit geführt werden soll, hat sich lieber für das Einfamilienhaus im Grünen und den Ballermann-Urlaub auf Mallorca entschieden, kurz: für die Fortführung des Systems von Herrschaft und Subordination.

Seit den 1970er Jahren begann man sich von dem deterministischen Geschichtsbild zu verabschieden, wonach Arbeiter automatisch revolutionäre Subjekte seien. Frauen-, Ökologie-, schwarze Bürgerrechts- und andere soziale Bewegungen forderten verstärkt ihre politischen Rechte ein. Diese Kämpfe um politische und kulturelle Anerkennung haben die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft jedoch aus den Augen verloren oder wurden in den Dienst kapitalistischer Modernisierung gestellt – wie man auf Aufstieg der Grünen zur Regierungspartei sieht.

Für Adorno ist nach Auschwitz die Möglichkeit einer emanzipatorischen Praxis auf lange Sicht blockiert. Dabei hat Adorno sich nicht prinzipiell gegen Praxis ausgesprochen, sondern die Reflexion der Bedingungen von Praxis eingefordert, um die Idee der Emanzipation gegenüber blindem Aktionismus zu bewahren. Marcuse, Bourdieu, Negri/Hardt dagegen halten an der Idee fest, dass der Klassenkampf der Motor der Geschichte sei, auch wenn sich die Klassen fragmentiert und die Kämpfe vervielfältigt haben – Stichwort Globalisierung. Auf globaler Ebene stellt sich allerdings die Frage, ob die Fragmentierung der Klassen und die Vervielfältigung der Kämpfe so weit fortgeschritten sind, dass sich die emanzipatorische Perspektive des antikapitalistischen Kampfes verliert statt sich auszubreiten.

1968 kann vor allem in Frankreich als der radikalste Versuch einer sozialen Gesellschaftsveränderung in einem hochentwickelten kapitalistischen Land gedeutet werden, der neue Formen des Klassenkampfes hervorgebracht hat und trotzdem gescheitert ist. Anders als in Frankreich und Italien gelang es der bundesdeutschen 68er-Bewegung nicht, ein Bündnis mit Gewerkschaften und Arbeitern zustande zu bringen. Während die

Bekennnisse zur Arbeiterschaft eine rhetorische Übung der Intellektuellen blieben, verstanden die Gewerkschaften die antiautoritäre Revolte der StudentInnen als Angriff auf ihre korporatistische Politik. Zwar sollte die Tragweite des Versuchs nicht überschätzt werden, doch betrachteten sich die linken Intellektuellen im Frankreich der Nachkriegszeit als Verbündete der Arbeiterbewegung. In dieser Tradition haben sich Foucault, Bourdieu oder Derrida an sozialen Kämpfen von Deklassierten, MigrantInnen und Arbeitern beteiligt.

4. „Internationaler Terrorismus“

Der so genannte „internationalen Terrorismus“ ist die derzeit prägnanteste militante und angstbesetzte politische Manifestation in den Metropolen. Seit den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington am 11. September 2001 ist viel vom „Internationalen Terrorismus“ und als Antwort darauf von einem „War on Terror“ die Rede. Um in die Geschichte kurz zurückzugehen: Der so genannte Terrorismus erlebte seine erste Blütezeit Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Staatsoberhäupter, Kapitalisten und Könige wurden gleich reihenweise erschossen oder in die Luft gesprengt. Paris wurde 1892/93 von einer regelrechten Terrorwelle erschüttert. Man schrieb den Terror den Anarchisten zu; die Attentäter waren alte Pariser Kommunarden, die nach Jahren der Strafarbeit und der Verbannung hasserfüllt in die bürgerliche Welt zurückkehrten. Ihre soziale Bewegung war zerfallen, und ihnen blieb nur die individualistische, man könnte auch sagen nihilistische Revolte. Der Terror war hier Restprodukt einer zerstörten sozialen Bewegung. Ein Akt der Rache und der Verzweiflung.

Der Terror hat nur dann eine Chance, wenn er sich institutionalisieren kann, wenn er durch eine soziale Bewegung gestützt wird. Die baskische Eta und die irische IRA haben sich ein weit verzweigtes legales Netzwerk geschaffen, korsische Separatisten sind zu einer Art Mafia mutiert und haben sich in internationale Geldkreisläufe eingeklinkt. Auch die RAF hat sich zu institutionalisieren versucht: Sie sah sich als Bestandteil eines weltweiten Klassenkampfes, als verlängerter Arm trikontinentaler Befreiungsbewegungen.

Terrororganisationen sind Gegenstaaten. Sie bestreiten das Gewaltmonopol des Staates, setzen sich selbst als souverän, entscheiden über Recht und Unrecht und wollen die Gesellschaft ihrem Standpunkt unterwerfen. Anders verhält es sich in zerfallenden Staaten, dann werden Terroristen im Kosovo auf einmal zu einer Partisanenarmee erklärt,

die paradoxerweise von der internationalen Gemeinschaft auch noch unterstützt wird. Um beim Beispiel Kosovo zu bleiben: Die aus Drogengeldern aus der im Westen lebenden albanischen Community finanzierte UCK und ihre das Kosovo dominierenden politischen Nachfolgeorganisationen kontrollieren mittlerweile die Schmuggelkorridore von Asien nach Europa – zu diesem Schluss kommt die Stiftung Wissenschaft und Politik, welche die deutsche Bundesregierung berät. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF nimmt an, dass der Menschenhandel mit schätzungsweise 120.000 Frauen und Kindern aus Ost- und Südosteuropa, die jährlich zur Zwangsprostitution in die Länder der EU verkauft werden, ebenfalls über das Kosovo abgewickelt wird – sozusagen unter Schirmherrschaft der UCK.

Daneben gibt es noch die Form des Staatsterrorismus, etwa den Faschismus, der einen Dauerzustand von Terrorismus zur Staatsform erhebt. Wie lässt sich aber al-Qaida mit diesen historischen Formen des Terrorismus erfassen? In welches Schema passt der Terror der Islamisten? Al-Qaida ist Ausdruck einer spezifischen Form des Staatsterrorismus. Es handelt sich um eine Form von Gewaltausübung durch Eliten in überwiegend arabischen Ländern, die zu schwach sind, das jeweils herrschende Regime zu stürzen, die aber trotzdem über beste Verbindungen zu den Machthabern verfügen. Bin Laden ist dafür das beste Beispiel. Zwar war der Angriff auf die Twin Towers antisemitisch und antiamerikanisch motiviert. Aber gleichzeitig war er auch Ausdruck der tiefen, lähmenden Krise der arabischen Staaten. Die letzten 20 Jahre waren geprägt von niederschmetternden Niederlagen für die Islamisten, ohne dass sich auch nur irgendetwas in diesen Staaten geändert hätte. Die Islamisten haben nicht die algerischen Machthaber stürzen können, nicht die ägyptischen, nicht die saudi-arabischen und erst recht nicht Saddam Hussein. Sie haben in Pakistan Fuß gefasst, haben aber dort immer noch große Teile des Militärs gegen sich, und Afghanistan war schon vor der Herrschaft der Taliban, die sich immer auch mit Clanchefs arrangieren mussten, eine Ruine.

Was blieb, war die Herausforderung der USA, die – so vermutlich das Kalkül von Mohammad Attas Auftraggebern – ihrerseits mit einem Angriff auf einen arabischen bzw. islamischen Staat reagieren, was dann den Aufstand der arabischen Massen auslösen sollte, der schließlich die USA, Israel und vor allem die verhassten Ölscheichs und Feudalherren vom Thron stößt. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Das Grauen der Autobomben und Selbstmordanschläge im Irak soll die Schwäche verdrängen, die USA nicht zum Rückzug bewegen zu können. Umgekehrt ist die Folter, die in amerikanisch kontrollierten

Gefängnissen verübt wird, Ausdruck der Unfähigkeit, mit anderen Besatzungsstrategien das Land zu befrieden.

Was folgt aus dieser Bestimmung des islamistischen Terrors für die Situation in den westlichen Metropolen? Vor allem Selbstkritik: Selbstkritik gegenüber dem Trugschluss, dass der Terror in New York, Madrid, Tel Aviv oder die Autobomben in Bagdad irgendetwas mit dem Aufstand der Gedeemühten zu tun haben könnte. Mag sein, dass Bin Laden und die „Islamisten“ „Gedeemühten“ sind, aber nicht von den USA und auch nicht von Ariel Sharon, sondern in erster Linie von der Herrscherclique im eigenen Land, an deren Stelle sie gerne wären.

5. Amoklauf

Eine spezifische Form des invertierten Terrorismus ist der Amoklauf, der nichts mehr Politisches an sich hat, sondern nur noch zerstörerisch und selbstzerstörerisch ist. Einen solchen Amoklauf beging der Erfurter Gymnasiast Robert Steinhäuser, der 2002 zwei Schülerinnen, eine Sekretärin, einen Polizisten und 12 Lehrer tötete. Dann erschoss er sich selbst.

Um diese Tat zu erfassen, müssen zunächst die sozialen Orte beschrieben werden, an denen die jugendlichen Killer zugerichtet werden, in diesem Fall die Schule, die ein Ort sozialer Kontrolle geworden ist. Von Schulen gehen heutzutage keine gesamtgesellschaftlichen Impulse in Fragen der politischen Mündigkeit und der sozialen Kompetenz aus. Schulen heute bieten ein düsteres Bild: Zu Wissensgefängnissen umgebaut, sind sie ein einziges Alcatraz des Leistungsdrucks. Schulen sind ein exaktes Abbild der gesellschaftlichen Gesamtsituation und nicht eine Enklave zum Experimentieren von Lebensentwürfen. Die Zurichtung des Körpers nach dem Just-in-time-Prinzip einer effizienten berufsqualifizierenden Wissensproduktion, nicht mehr die Persönlichkeitsentwicklung und die Emanzipation des Einzelnen bildet den inneren Kern des Schul- und Hochschulsystems. Autonomie und Begehren werden als soziale Fehlverhalten abgestraft.

Vor einem solchen Hintergrund bekommen Gewalttaten von Schülern eine andere gesellschaftliche Bedeutung. Die übergeordneten Zusammenhänge zwischen Gewalt und Leistungsdruck und zwischen Individualität und sozialer Kontrolle zu übersehen und stattdessen die Gründe für den so genannten Amoklauf allein in der persönlichen Sphäre

des Amokläufers zu suchen, ist eine verkürzte Sicht. Gewaltausbrüche gegen ein übermächtiges System des Überwachens und Strafens scheinen da vorprogrammiert.

Von einem neoliberalen Sozialdarwinismus zugerichtet, bleibt den Jugendlichen nichts anders übrig, als sich zu feiern oder zu zerstören. Hedonismus oder Selbstdestruktion – beide Extreme entspringen dem Wunsch, das eigene Selbst und den eigenen Körper nach den Vorgaben der Gesellschaft zu erschaffen und zu gestalten. Der eine züchtigt seinen Körper auf der Love Parade, der andere lebt seinen Todestrieb beim Darkwave-Ritualmord aus. Die mit Skimasken und schwarzen Trenchcoats bekleideten, mit abgesägten Schrotflinten, Neun-Millimeter-Pistolen, Karabinern und selbstgebauten Sprengsätzen bewaffneten zwei Amokschüler von Littleton, die 1999 im schwarzen BMW an der Columbine High School vorfuhren und einen Lehrer und zwölf Mitschüler töteten, sind ebenso wenig wie Robert Steinhäuser Monsterkids, nur weil sie Marilyn Manson und Rammstein hörten und „Quake“ spielten. Aufgewachsen in einem seit Ronald Reagan umdefinierten sozialen und kulturellen Raum, mutierten sie zu Einzelkämpfern der Finsternis.

6. Schluss

Was folgt nun aus den vorangegangenen Bestimmungen des Verhältnisses zwischen Kunst, Stadttheorie und Politik anhand der historischen Praktiken des Situationismus, der Spassguerrilla, der Stadtguerilla, des sogenannten „internationalen Terrorismus“ und des Amoklaufs? Wie sehen die gegenwärtigen Bestimmungen im Verhältnis zwischen Ästhetik und Politik sowie die Bestimmungen des zukünftigen Lebens generell in den Metropolen aus?

Diese Frage möchte ich am Beispiel Berlins beantworten, denn in Berlin hat sich das vorherrschende neoliberale Produktions- und Reproduktionsmodell des Lebens in den Metropolen am deutlichsten auskristallisiert.

Ende der 1970er Jahre waren neue Richtlinien der Jugendkultur, insbesondere jene zur Beziehung von Underground und Politik formuliert worden. Punk, ganz in der Tradition der Bohème, definierte sich über gesellschaftliche Negative wie Krankheit, Selbstzerstörung und Tod. Ohne ein explizites politisches Programm angetreten (vielmehr als Reaktion auf die Verknöcherung der Linken entstanden), erzielte Punk dennoch eine politische Wirkung; in seinem Schatten gediehen Basisgruppen, Antifas und bohemistische Künstlerzirkel, wurde das Individuum sozusagen kollektiviert. Die Technobewegung der 1990er Jahre, die den Soundtrack zur deutschen Wiedervereinigung lieferte, hat die gegenkulturelle Agenda der Punkbewegung

vollständig absorbiert und an deren Stelle einen Kanon ästhetischer Zeichenbeziehungen gesetzt. Diese Entwicklung kann in einem kausalen Zusammenhang mit dem Siegeszug der Neuen Technologien sowie mit dem Burnout des Staatssozialismus in Osteuropa gesehen werden.

Seit Ende der 1990er Jahre sind durch die verstärkte Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Stadt und Urbanität wieder mikropolitische Widerstandsformen in Sicht. Allerdings droht auch hier die Distinktionsfalle. Das Hipsterparadies Berlin hat ein ganzes Arsenal kultureller Praktiken und Ausdrucksformen symbolischen Kapitals hervorgebracht, die den AkteurInnen Ansehen, Prestige, Diskursdominanz versprechen. Ob Subversion, Dissidenz, Überaffirmation oder Neukontextualisierung – die Techniken des Subkulturellen sind oftmals gar nicht mehr auf die Veränderung der Praxis bezogen, sondern direkt auf die Produktion eines symbolischen Mehrwerts ausgerichtet. Im Neuen Berlin, dem Experimentierfeld des Persönlichkeitsdesigns, sind eine Reihe von Selbsttechnologien zur Bearbeitung des Authentischen entstanden. An jeder Straßenecke und in jedem noch so klandestinen Winkel der Subszene stehen jede Menge Subjektivitätscontainer herum, in die AkteurInnen, Hipster und Hipster-DarstellerInnen schlüpfen können, um ihre Distinktionsbefürfnisse zu befriedigen. Vom billigen Leben in Berlin angezogen, adaptieren vor allem junge Briten den Lebensstil der Krauts. Birkenstock-Sandalen und Bundeswehr-Parkas gelten als Must-Have-Accessoires der Londoner Hipster-Szene. Der als deutsche Geschmacksverirrung berüchtigte Haarschnitt Vokuhila (vorne kurz, hinten lang) signalisiert in London Modebewusstsein. Bands wie Franz Ferdinand kokettieren mit dem eckigen Sound der deutschen Sprache, und die anglo-amerikanische Qualitätspresse enthält immer mehr deutsche Vokabeln („Schadenfreude“, „Gestalt“, „Ersatz“, „verboten“, „gemütlich“, „Angst“).

Erst wenn Aufruhr auf Ebene p (für privat) herrscht, schrieb der Stadt-Philosoph Henri Lefèbre 1972, könne die Stadt zum Subjekt ihrer BewohnerInnen werden. Eine auf Distinktionsgewinn zielende Auseinandersetzung mit Urbanität führt zur Versteinerung des Städtischen. Die echte Metropole besteht nicht aus Wolkenkratzern, Geschäftsmeilen, Galerien, Clubs und Trend-Boutiquen, sondern aus sozialen Handlungen; sie ist gleichbedeutend mit dem Verlassen des Zuhauses und verspricht ein aufregendes Leben auf der Flucht – vor Beton-Burgen, kulturellen Leuchttürmen, Hipness- und Identitätsgeneratoren. Unsere Körper kollidieren dann mit anderen Körpern, treffen auf soziale Situationen, verändern diese und werden von ihnen verändert.